

Antrag

der Abgeordneten Claudia Roth, Awet Tesfaiesus, Luise Amtsberg, Deborah Düring, Dr. Moritz Heuberger, Sven Lehmann, Boris Mijatović, Omid Nouripour, Dr. Anja Reinalter, Ulle Schauws, Jamila Schäfer, Julia Schneider, Nyke Slawik, Robin Wagener und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Freiwilligenprogramm „kulturweit“ erhalten – Internationalen Freiwilligendienst sichern und stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das internationale Freiwilligenprogramm „kulturweit“ ist seit 2009 ein zentraler Bestandteil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands. Gefördert vom Auswärtigen Amt, ermöglicht es jungen Menschen in Deutschland, sich in rund 50 Ländern, die meisten davon in Europa, Zentral- und Westasien, in Kultur, Bildungs- und Natureinrichtungen zu engagieren. Zugleich bietet „kulturweit“ mit dem Incoming-Programm seit 2015 jungen Menschen aus ausgewählten Ländern die Möglichkeit, für mehrere Monate in Kultur-, Bildungs-, Natur- und Sporteinrichtungen in Deutschland mitzuarbeiten. Dadurch wird nicht nur ein aktuelles Deutschlandbild im Ausland vermittelt, sondern auch internationale Perspektiven, Erfahrungen und Kompetenzen in Institutionen und die Gesellschaft in Deutschland hineingetragen.

Die Einsparung von rund 5 Millionen Euro entspricht lediglich etwa 0,08 Prozent des Haushalts 2026 des Auswärtigen Amtes und steht in keinem Verhältnis zu den langfristigen außen-, kultur- und gesellschaftspolitischen Schäden, die durch die Einstellung entstehen.

Über 6.500 Freiwillige haben durch „kulturweit“ bereits praktische Erfahrungen in internationalen Kontexten gesammelt und wirken als Multiplikator*innen in Gesellschaft, Bildung und Zivilgesellschaft nachhaltig weiter (vgl. <https://www.unesco.de/aktuelles/foerderung-des-internationalen-freiwilligendienstes-kulturweit-endet-2027/>). Eine Verbleibstudie aus dem Jahr 2024 zeigt deutlich, dass die „kulturweit“-Alumni in hohem Maße langfristig von ihrem Einsatz profitieren: Rund 90 Prozent geben an, durch ihren Auslandsaufenthalt weltoffener geworden zu sein, etwa 80 Prozent berichten von einem gestärkten gesellschaftlichen Verantwortungsgefühl und rund zwei Drittel von einem vertieften Demokratieverständnis. Viele engagieren sich auch nach ihrem Freiwilligendienst weiter gesellschaftlich oder schlagen berufliche und akademische Wege mit internationalem Bezug ein. Gleichzeitig wird auch der berufliche Mehrwert klar sichtbar: Die Incoming-Alumni bewerten die Bedeutung von kulturweit für ihre berufliche Weiterentwicklung im Durchschnitt mit 4,4 von 5 Punkten (Deutsche

UNESCO-Kommission e. V. (2014): „Verbleibstudie 2024. 15 Jahre kulturweit“ S.10-14). Insgesamt wird damit deutlich, dass kulturweit mit vergleichsweise geringen Mitteln einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung qualifizierter, international erfahrener Fachkräfte leistet – ein Mehrwert, der sich langfristig auch in der Innovations- und Leistungsfähigkeit der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft niederschlägt.

Die von der Bundesregierung angekündigte Einstellung der Förderung ab 2027 erfolgt trotz anhaltend hoher Nachfrage und trifft ein etabliertes Programm, das maßgeblich zur internationalen Verständigung, zur Vermittlung eines modernen Deutschlandbildes sowie zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Kooperation beiträgt. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass derzeit rund zwei Drittel der Einsätze der outgoing-Freiwilligen in Europa sowie in Zentral- und Westasien als auch der Mongolei sind, schwächt die Einstellung der Förderung von „kulturweit“ den Austausch gerade in für Deutschland geostrategisch wichtigen Regionen. Hinzu kommt, dass „kulturweit“ nachhaltig tragfähige Netzwerke schafft: Nach Hochrechnungen waren 2.371 outgoing-Alumni auch nach ihrem Freiwilligendienst bei einem „kulturweit“-Partner ehrenamtlich oder hauptberuflich aktiv (ebd. S. 6). Mit der Einstellung des Programms droht somit nicht nur der Verlust zukünftiger Austauschformate, sondern auch die Schwächung bereits bestehender internationaler Partnerschaften.

Die Entscheidung widerspricht dem politischen Kurs der Bundesregierung, von jungen Menschen mehr gesellschaftliches Engagement und Einsatz einzufordern. Mit dem zum Januar 2026 in Kraft getretenen Gesetz zur Modernisierung des Wehrdienstes wird darauf abgezielt, das „Potenzial“ junger Menschen systematischer zu erfassen und für den Dienst an der Gesellschaft zu mobilisieren (<https://www.bmvg.de/de/neuer-wehrdienst>). Zugleich fordern führende Vertreter*innen der Koalition, darunter der Generalsekretär der CDU, Carsten Linnemann, die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres für junge Menschen (vgl. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-12/carsten-linnemann-frank-walter-steinmeier-freiwilligendienst-wehrpflicht>). Umso widersprüchlicher ist es, gleichzeitig etablierte und funktionierende Programme freiwilligen Engagements abzuschaffen. Programme wie „kulturweit“ fördern genau dieses Engagement, indem sie junge Menschen frühzeitig an internationale Zusammenarbeit, globale Herausforderungen und verantwortungsvolles Handeln heranführen. Wer mehr Einsatz und Verantwortung einfordert, muss auch die Strukturen stärken, die genau dieses Engagement ermöglichen.

Eine Einstellung des Programms führt bereits jetzt konkret zum Abbau gewachsener Strukturen: Mit der Entscheidung, keine neuen Bewerbungen für den Jahrgang 2027 mehr anzunehmen, befindet sich „kulturweit“ faktisch bereits in der Abwicklung (vgl. <https://www.kulturweit.de/foerderstopp>). Trägerorganisationen verlieren Planungssicherheit, Netzwerke drohen auseinanderzufallen und interessierte junge Menschen werden aktuell bereits abgewiesen. Ein späterer Wiederaufbau dieser Strukturen wäre mit erheblichem und vermeidbarem Aufwand verbunden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Entscheidung zur Einstellung des internationalen Freiwilligendienstes „kulturweit“ umgehend zurückzunehmen und die Fortführung des outgoing- und incoming-Programms über 2026 hinaus sicherzustellen;

2. kurzfristig die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, um Planungssicherheit für Trägerorganisationen und Bewerber*innen zu gewährleisten und einen Abbau bestehender Strukturen zu verhindern;
3. im Bundeshaushalt 2027 die erforderlichen Mittel für den dauerhaften Erhalt und die Weiterentwicklung von „kulturweit“ zu verankern;
4. das incoming-Programm weiter auszubauen, um wechselseitigen, partnerschaftlichen Zusammenarbeit und globale Gerechtigkeit zu fördern;
5. die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik insgesamt zu stärken und internationale Freiwilligendienste als strategisches Instrument der Außen- und Entwicklungspolitik anzuerkennen und auszubauen;
6. gemeinsam mit den Trägerorganisationen, insbesondere der Deutschen UNESCO-Kommission, eine Perspektive zur qualitativen Weiterentwicklung und langfristigen Absicherung internationaler Freiwilligendienste zu erarbeiten;
7. sich darüber hinaus auch für die Stärkung und verlässliche Finanzierung anderer internationaler Freiwilligendienste wie „weltwärts“ oder das „ASA-Programm“ einzusetzen.

Berlin, den 21. April 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Begründung

Die geplante Einstellung des internationalen Freiwilligendienstes „kulturweit“ ist ein erheblicher Rückschritt für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands.

Die Wirkung von „kulturweit“ ist langfristig und nachhaltig: Viele ehemalige Freiwillige engagieren sich auch nach ihrem Einsatz weiter gesellschaftlich und bringen ihre internationalen Erfahrungen in Beruf und Zivilgesellschaft ein. Damit trägt das Programm zur Ausbildung einer Generation bei, die globale Zusammenhänge versteht und aktiv an Lösungen mitarbeitet.

Die Entscheidung zur Einstellung erfolgt trotz nachweislicher Erfolge und hoher Nachfrage und wird auch von beteiligten Institutionen ausdrücklich bedauert (vgl. <https://www.unesco.de/aktuelles/foerderung-des-internationalen-freiwilligendienstes-kulturweit-endet-2027>).

Gerade in einer Zeit zunehmender internationaler Krisen ist internationale Begegnung und kultureller Austausch ein zentraler Bestandteil einer vorausschauenden Außen- und Entwicklungspolitik.

Darüber hinaus besteht akuter Handlungsbedarf: Die Einstellung des Programms wird bereits konkret vollzogen. Es werden keine neuen Bewerbungen mehr angenommen, während parallel die Abwicklung vorbereitet wird. „kulturweit“ befindet sich damit faktisch bereits in der Auflösung. Diese Entwicklung führt zum Verlust gewachsener Strukturen, internationaler Partnerschaften und Planungssicherheit. Trägerorganisationen verlieren ihre Grundlage, Netzwerke drohen zu zerfallen und engagierte junge Menschen werden von einer Teilnahme ausgeschlossen.

Die Begründung der Bundesregierung, das Programm aus Kostengründen einzustellen, ist nicht überzeugend. Die Einsparungen sind im Verhältnis zum Gesamthaushalt des Auswärtigen Amtes minimal, während der politische und gesellschaftliche Schaden erheblich ist.

Hinzu kommt die politische Widersprüchlichkeit: Während verstärkt über die Notwendigkeit von mehr gesellschaftlichem Engagement, Pflichtdiensten oder Wehrdienst diskutiert wird und mit dem neuen Wehrdienstmodell junge Menschen gezielt stärker in den Dienst eingebunden werden sollen, werden bestehende und funktionierende Programme freiwilligen Engagements abgebaut. Der Deutsche Bundesjugendring betont in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass das Engagement junger Menschen von Freiwilligkeit lebt und fordert eine gleichwertige Förderung zivilgesellschaftlicher Dienste statt einer einseitigen Fokussierung auf den Wehrdienst (vgl. <https://www.dbjr.de/artikel/freiwilligkeit-statt-pflicht-die-debatte-um-das-wehrdienstmodernisierungsgesetz>). Wenn Programme wie „kulturweit“ gestrichen werden, untergräbt dies die Glaubwürdigkeit dieser politischen Zielsetzung und schwächt die Motivation junger Menschen, sich einzubringen.

Die Fortführung von „kulturweit“ ist eine strategische Entscheidung für die Zukunft der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Mit vergleichsweise geringen Mitteln wird ein erheblicher Mehrwert für internationale Verständigung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Förderung junger Menschen erzielt werden.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: Dieses Programm muss erhalten und gestärkt werden. Entsprechend werden wir uns mit Nachdruck in die Haushaltsverhandlungen für 2027 einbringen.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.